

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

Mercredi (matin) 3 juin 2015

Conseil-exécutif

17 2014.RRGR.1310 Rapport

Troisième Rapport du Conseil-exécutif au Grand Conseil sur les relations extérieures du canton de Berne

Déclaration de planification de la CIRE (Messerli-Weber)

1. Le Conseil-exécutif et la CIRE examinent périodiquement l'efficacité pratique et la fonctionnalité des droits de participation du Grand Conseil (et des commissions) dans le domaine des relations extérieures et indiquent les améliorations apportées dans le rapport suivant sur les relations extérieures.
2. Le Conseil-exécutif soumet les traités et les autres affaires au sens de l'article 39, alinéa 6, lettre d RGC à la prise de connaissance formelle de la CIRE, hors du cadre du compte rendu périodique.

Déclaration de planification UDC (Struchen)

Le Conseil-exécutif soumet en temps utile à la CIRE les traités, accords etc. dont les effets pour le canton se déploient à moyen et à long terme, ainsi qu'à la commission spécialisée si elle est concernée.

Déclaration de planification PS (Gabi Schönenberger)

Le Conseil-exécutif se laisse guider par des principes éthiques dans le lancement ou l'élaboration de traités, de conventions ou d'autres accords.

Le président. Wir kommen zum Traktandum Nummer 17. Es handelt sich um den Bericht des Regierungsrats an den Grossen Rat über die Aussenbeziehungen des Kantons Bern. Ich begrüsse den Regierungspräsidenten Hans-Jürg Käser. An dieser Stelle möchte ich mich im Namen des Grossen Rats nochmals für den Fehler entschuldigen, der anlässlich der Wahl beim Auszählen der Stimmen passiert ist. Es tut uns leid, und wir sind froh, dass wir dieses Resultat nun auch korrekt kommunizieren konnten.

Nun zum aktuellen Geschäft: Wir werden eine organisierte Debatte im Umfang von einer Stunde führen. Das heisst, dass zuerst Grossrat Philippe Messerli als Sprecher für die SAK das Wort hat. Er hat acht Minuten Zeit. Danach folgen die Antragssteller, die je fünf Minuten sprechen dürfen. Auch die Fraktionen werden eine Redezeit von fünf Minuten haben. Diese Zeit kann aufgeteilt werden. Ich wäre froh, wenn mir die Fraktionen mitteilen könnten, wenn sie die Redezeit auf mehrere Personen aufteilen. Es ist am einfachsten, wenn die Mitglieder einer Fraktion gleich nacheinander sprechen. Am Schluss wird der Regierungspräsident das Wort haben.

Philippe Messerli, Nidau (PEV), rapporteur de la CIRE. Der dritte Bericht des Regierungsrats über die Aussenbeziehungen des Kantons Bern erscheint zum letzten Mal der vorliegenden Form. Er umfasst die Jahre 2011–2014 sowie die Schwerpunkte der Aussenbeziehungen im Jahr 2015. Ab dem nächsten Jahr wird von einem Vier-Jahres-Rhythmus auf eine jährliche Berichterstattung gewechselt. Diese dient als Grundlage für den politischen Dialog über die Aussenbeziehungen zwischen der Regierung und der SAK. Konkret umfassen die Aussenbeziehungen des Kantons Bern die Beziehungen zu den Bundesbehörden, zu anderen Kantonen, zu interkantonalen Organen, zum grenznahen Ausland, zur EU sowie zu internationalen Organisationen und Botschaften mit Sitz in Bern. Auch die humanitäre Hilfe gehört dazu. Die Aussenbeziehungen des Kantons dienen der

Kontaktpflege, dem Informationsaustausch, der Koordination im Aufgabenvollzug und der Interessenvertretung. Mit den Aussenbeziehungen will die Regierung gemäss ihren eigenen Aussagen die besondere Stellung des Kantons Bern stärken und Eingriffe in seine Autonomie begrenzen. Gleichzeitig will sie einen Beitrag zur Stärkung und Weiterentwicklung des Föderalismus leisten, der einen Grundpfeiler dieses Landes darstellt.

Die Regierung weist auf die wachsende Bedeutung der Aussenbeziehungen im Berichtszeitraum hin. Jedes achte Geschäft, welches der Regierungsrat behandelte, betraf die Aussenbeziehungen. Dies ist eine sichtbare Folge der zunehmenden Verflechtung und Globalisierung. Innen- und Aussenpolitik überlagern sich immer stärker. Parallel dazu werden die Autonomie, die Gestaltungsfreiheit und die finanziellen Handlungsspielräume des Kantons durch ausserkantonale Entwicklungen eingeschränkt. Dazu gehören die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen dem Bund und den Kantonen, die Verlagerung finanzieller Verpflichtungen an die Kantone, die Zentralisierungstendenzen des Bundes sowie der internationale und nationale Standortwettbewerb. Die zunehmende Reduktion der kantonalen Autonomie schränkt die Handlungsmöglichkeiten von Regierung und Parlament ein. Gleichzeitig führt die verstärkte Bedeutung der Aussenbeziehungen zu einer Verlagerung der Kompetenzen weg vom Parlament hin zur Regierung, weil sich gewisse Prozesse der Entscheidungsfindung und Problemlösung vermehrt ausserhalb des Parlaments, zum Beispiel in interkantonalen Gremien, abspielen. Dies schränkt die Kompetenzen, die Handlungsspielräume und die Mitbestimmung des Grossen Rates ein. Aus diesem Grund hat man mit der Revision des Parlamentsrechts die Mitwirkungsrechte des Parlaments ausgebaut und die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen geschaffen.

Im Bericht betont der Regierungsrat seine Absicht, Bestrebungen des Grossen Rats zu einer stärkeren Mitwirkung bei den Aussenbeziehungen zu unterstützen. Die Regierung hat sich für das Jahr 2015 zehn Ziele und Schwerpunkte gesetzt. Ein Ziel besteht darin, zusammen mit dem Grossen Rat in einem jährlichen Dialog eine Gesamtsicht und eine strategische Ausrichtung der Aussenbeziehungen zu entwickeln. Dadurch sollen beide Gremien gemäss ihren jeweiligen Zuständigkeiten tätig werden können. Zusätzlich zur jährlichen Berichterstattung muss die Regierung die SAK und auch die Sachbereichskommissionen gemäss ihren Zuständigkeitsbereichen laufend über alle wichtigen Geschäfte im Bereich der Aussenbeziehungen frist- und sachgerecht informieren. Die zuständigen Kommissionen müssen durch den Regierungsrat schon während der Vertragsverhandlungen konsultiert werden und sich rechtzeitig einbringen können, wenn rechtsetzende internationale und interkantonale Verträge zur Diskussion stehen. Gleichzeitig gilt es, darauf zu achten, dass die Handlungsfähigkeit des Kantons durch die Mitwirkung des Grossen Rats nicht allzu stark eingeschränkt wird. Ein einheitlicher Auftritt des Kantons gegen aussen muss unbedingt gewährleistet bleiben. Es gilt, die richtige Balance zu finden. Wie der Dialog zwischen dem Regierungsrat und der SAK, aber auch mit den Sachbereichskommissionen in der Praxis genau funktionieren wird, wird sich weisen. Die neuen Mitwirkungsrechte des Parlaments müssen zuerst erprobt werden, und die genauen Abläufe und Prozesse müssen sich noch einspielen. Deshalb ist es heute noch zu früh, um über die Anwendung der erweiterten Mitwirkungsrechte eine erste Bilanz zu ziehen. Aus Sicht der SAK gilt es jedoch gerade in der ersten Phase, ein besonderes Augenmerk auf die Abläufe, Prozesse und Kompetenzen zu legen.

In der ersten Planungserklärung, die wir formuliert haben, geht es darum, dass die SAK im Dialog mit der Regierung die grossrätlichen Mitwirkungsrechte periodisch auf ihre Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit hin überprüfen will. Die vorgenommenen Optimierungen sollen dann im Bericht zur Aussenpolitik aufgezeigt werden. Mit der zweiten Planungserklärung wollen wir die Regierung daran erinnern, dass sie gemäss Artikel 39 Absatz 6 Buchstabe d der Geschäftsordnung des Grossen Rats den Auftrag hat, der SAK bestimmte internationale Verträge, welche in die Zuständigkeit der Regierung fallen, zur Kenntnis zu bringen. Dies ist bei den Freundschaftsabkommen mit der japanischen Präfektur Nara und beim Schwesterabkommen mit der chinesischen Stadt Shenzhen nicht erfolgt. Auch die so genannte «road map», welche die Regierungen der Kantone Bern und Jura mit der Stadt Moutier im Hinblick auf die Abstimmung über die Kantonszugehörigkeit von Moutier unterschrieben haben, wurde der SAK nicht formell zur Kenntnis gebracht. Es darf nicht sein, dass die Mitglieder der SAK erst aus den Medien von diesen Vereinbarungen erfahren. Mit der zweiten Planungserklärung bringt die SAK zum Ausdruck, dass die Regierung hier ganz klar eine Bringschuld hat. Grundsätzlicher Klärungsbedarf besteht noch zur Frage, ob das Freundschaftsabkommen mit Nara und das Schwesterabkommen mit Shenzhen nicht sogar in die Genehmigungskompetenz des Grossen Rates fallen und diesem hätten vorgelegt

werden müssen. Die SAK will die Frage, ob nicht nur rechtssetzende, sondern auch rechtsgeschäftliche Verträge in die Genehmigungskompetenz des Parlaments fallen, im Dialog mit dem Regierungsrat klären.

Zu den Planungserklärungen aus den Fraktionen: Die Planungserklärung SVP, Struchen, ist eine Ergänzung zur zweiten Planungserklärung der SAK. Sie weist auf die Verpflichtung des Regierungsrates hin, nicht nur der SAK, sondern auch den Sachbereichskommissionen wichtige Verträge vorzulegen. Die Kommission unterstützt diese Planungserklärung mit 9 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Die Planungserklärung SP, Gabi Schönenberger, wird von der Kommission mit 7 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass diese Forderung unnötig sei, und dass auch andere Prinzipien beim Abschliessen von internationalen Verträgen beachtet werden müssten. In diesem Sinne macht Ihnen die SAK beliebt, diesen Bericht der Regierung zur Kenntnis zu nehmen und die ersten drei Planungserklärungen anzunehmen.

Le président. Vielen Dank. Das war die Stellungnahme der Kommission. Dabei wurden auch die zwei Planungserklärungen der Kommission begründet. Wir kommen zur Planungserklärung SVP.

Béatrice Struchen, Epsach (UDC). Pourquoi le groupe UDC a-t-il déposé cette déclaration de planification qui complète en fait celle de la CIRE? La déclaration de planification de la CIRE tend à regarder les rapports, les accords, les traités qui sont de la compétence du Conseil-exécutif. La déclaration de planification de l'UDC veut aussi les autres rapports, les autres traités, etc. Pour l'instant, comme l'a mentionné le porte-parole de la CIRE, il y a une divergence sur qui a quelles compétences sur quoi. Il faut qu'on ait ces rapports, ces traités, ces accords pour pouvoir travailler à la CIRE et pour pouvoir plus tard faire un tri et pouvoir avoir le droit de donner le point de vue du Grand Conseil sur tel traité ou tel accord. Comme vous avez pu le constater, on a dit dans la première version qu'on voulait discuter – «zur Diskussion» dans la version en allemand. Dans la traduction française, il n'y avait pas du tout «zur Diskussion». Nous avons biffé «discussion» parce qu'il est clair pour le groupe UDC que nous devons avoir les traités, mais ne voulons pas discuter sur tout. Le Conseil-exécutif doit avoir une certaine autonomie, mais il y a des accords, des traités à moyen et à long terme qui sont très importants pour le canton de Berne. Pour vous donner un exemple, lorsque j'étais présidente du Grand Conseil j'ai appris par la presse la feuille de route de Moutier et cela m'a un peu choquée. Vous avez aussi vu qu'il était mentionné «soumet en temps utile»: nous sommes des députés de milice et nous aimerions avoir quand même une certaine avance pour pouvoir discuter le cas échéant de ces traités ou de ces contrats et avoir le temps de nous préparer comme il faut et en profondeur. Le porte-parole de la CIRE l'a dit, nous allons devoir aussi trouver une balance entre notre travail avec le Conseil-exécutif et voir comment le Grand Conseil va pouvoir participer à ces accords. Comme la Commission, je vous prie d'accepter notre déclaration de planification.

Le président. Wir kommen zur Planungserklärung der SP.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenbourg (PS). Im Zusammenhang mit Vereinbarungen wie den Abkommen mit der Provinz Nara in Japan sowie mit Shenzhen in China erachten wir es als wichtig, dass der Regierungsrat in Zukunft immer auch berücksichtigt, ob Vertragsvereinbarungen mit dem betreffenden Partnerland auch aus ethischer und moralischer Sicht tolerierbar sind. Doch was bedeutet es genau, ethische Grundsätze zu berücksichtigen? Es handelt sich nicht um etwas Einschneidendes, sondern bedeutet nur, dass der Regierungsrat verantwortbar, reflektiert, nachvollziehbar und mit der nötigen moralischen und praktischen Urteilsfähigkeit handelt. Ich gehe eigentlich davon aus, dass der Regierungsrat dies heute schon tut und die ethischen Grundsätze selber auch unterstützt. Wir wollen nicht, dass der Regierungsrat bei heiklen Vertragsverhandlungen unnötig in seiner Freiheit eingeschränkt wird. Es geht nur darum, auszuschliessen, dass der Kanton Bern Kontrakte mit Staaten eingeht, die unseren ethischen Grundsätzen nicht gerecht werden, wie dies etwa bei Nordkorea der Fall wäre. Dies kann der Regierungsrat jeweils vor dem Beginn der Vertragsverhandlungen abklären, sodass es nicht später zu bösen Überraschungen kommen kann. Wirtschaftliche Interessen sind für den Kanton Bern durchaus von grosser Bedeutung, doch sie sollen nicht über allem stehen. Es geht nicht um ein Misstrauensvotum gegenüber dem Regierungsrat, sondern um ein klares Zeichen auf formellem Weg, dass dieser Aspekt bei solchen Vertragsverhandlungen nicht einfach vergessen geht. Leider wurde diese Planungserklärung in der Kommission ganz knapp abgelehnt. Ich hoffe nun, dass Sie

ihr zum Durchbruch verhelfen werden. Dies würde mich sehr freuen.

Eva Desarzens-Wunderlin, Boll (PLR). Ich werde nun nicht mehr auf jene Punkte eingehen, die Grossrat Philippe Messerli namens der SAK erläutert hat. Hier gibt es nichts hinzuzufügen. Er hat sehr gut wiedergegeben, wie die SAK diesen Themenbereich bisher erlebt hat und wie sie den Bericht beurteilt. Mir ist bei der Lektüre des Berichts noch Folgendes aufgefallen: Die Regierung sagt, sie richte sich stärker in Richtung Romandie aus. Wir sind assoziiertes Mitglied der Regierungskonferenz Nordwestschweiz, doch Vollmitglied sind wir nur bei den Westschweizern. Für mich heisst dies, dass der Kanton Bern über andere Mitgliedschaften genügend Kontakt zu den deutschsprachigen Kantonen hat. Ich finde es sehr gut, dass der Kanton Bern den Kontakt zur Westschweiz besonders intensiv pflegen will. Doch nun entsteht dadurch auch für den Grossen Rat Handlungsbedarf. Es gibt eine Westschweizer Legislaturkonferenz. Die beteiligten Parlamente arbeiten zusammen und schauen sich Staatsverträge sowie andere interkantonale Abkommen vorgängig an. Dabei tauschen sie sich auch mit ihren jeweiligen Regierungen aus. Hier stehen wir aussen vor. Wer von Ihnen in den Konkordaten für die Fachhochschule Westschweiz mitarbeitet, kann ein Lied davon singen, was es bedeutet, wenn man hier je nach Bereich aussen vor steht. Die SAK wird überprüfen müssen, ob sich der Grosse Rat auch der Legislaturkonferenz anschliessen sollte, um es dem Regierungsrat gleichzutun und auf derselben Ebene mit den anderen Kantonen diskutieren zu können.

Die FDP nimmt die beiden SAK-Anträge an, weil auch uns bewusst ist, dass dies das erste Jahr nach der Parlamentsrechtsrevision ist. Die Prozesse laufen noch nicht so ab, wie sich die FDP das vorstellt. Wir äussern kein Misstrauen gegenüber der Regierung, doch die Zusammenarbeit muss sich noch einspielen. Die Regierung muss sich zudem bewusst sein, dass auch die SAK an die Geheimhaltung gebunden ist. Es muss so funktionieren, wie sich der Austausch mit der OAK abgespielt hat. Wenn es zum Beispiel um gemeinsame Projekte zur Wirtschaftsförderung geht, muss die SAK, je nachdem, wie der Austausch vereinbart wurde, informiert werden. Das heisst nicht, dass man jeden Prozess beeinflussen will. In diesem Sinne sind die beiden Anträge richtig. Ebenso unterstützen wir den Antrag der SVP. Auch dieser Antrag zeigt auf, dass es unter Umständen wichtig ist, die Sachbereichskommissionen rechtzeitig abzuholen. Als SAK müssen wir die Sachbereichskommissionen dabei unterstützen, zu ihrem Anhörungsrecht zu kommen. Es geht hier um einen Prozess, und diesen Prozess müssen wir unterstützen. Die FDP lehnt den Antrag der SP ab. Wir sind zwar derselben Meinung wie die Antragstellerin. Doch der Regierungsrat wird ethische Grundsätze garantiert heute schon berücksichtigen. Deshalb wäre es falsch, hier Druck auszuüben. Wir wollen den Handlungsspielraum der Regierung nicht unnötig einschränken.

Adrian Wüthrich, Huttwil (PS). Der Bericht ist gut und umfassend und etwas kürzer als seine Vorgänger. Es ist richtig, zu einer jährlichen Berichterstattung zu wechseln. Zum politischen Dialog, der im Leitsatz 1 erwähnt ist, möchte ich sagen, dass der politische Dialog mit der SAK über die Aussenbeziehungen hinausgeht. Es steht ebenfalls in diesem ominösen neuen Gesetz, dass die SAK den gesamten politischen Dialog mit dem Regierungsrat führt, und nicht nur über die Aussenbeziehungen spricht. Die Schwerpunkte 1–10, die der Regierungsrat verfolgen will, kann unsere Fraktion unterstützen. Es ist für unsere Fraktion klar, dass wir die Frage nach den Kompetenzen der Kommissionen allgemein – nicht nur jene der SAK – im Dialog mit dem Regierungsrat klären wollen. Es geht darum, dass man sich zusammensetzt und darüber spricht, welches Vorgehen zielführend ist, damit sich das Parlament an den Aussenbeziehungen beteiligen kann. Dies war auch ein Grund für die Schaffung der SAK. Es wurde gesagt, unser Parlament sei «konkordatsmüde». Vielleicht sagt Regierungsrat Käser heute noch etwas dazu. Doch ich denke, wir sind nicht konkordatsmüde. Wenn man uns im Parlament ein Konkordat vorstellt, dann nehmen wir das zur Kenntnis und beraten darüber. Wenn ein Konkordat das geeignete Mittel ist, um ein politisches Ziel zu erreichen oder eine Aufgabe zu erfüllen, dann ist das sicher der richtige Weg. Man muss jedoch die entsprechende Sachbereichskommission rechtzeitig einbeziehen. Wenn keine Sachbereichskommission für ein bestimmtes Konkordat zuständig ist, dann geht das Geschäft an die SAK. Ich würde deshalb sagen, der Grosse Rat ist nicht konkordatsmüde, sondern er hat jetzt die richtigen Verfahren definiert, um Konkordate gemeinsam mit der Regierung zu beraten. Das Parlament soll nicht erst am Schluss ja oder nein sagen können.

Dann möchte ich noch auf etwas hinweisen: In Anhang II können Sie nachschauen, welche Standesinitiativen in den letzten Jahren eingereicht wurden. Ich habe immer wieder mit Grossratskolleginnen und -kollegen darüber diskutiert, was man als Standesinitiative überweisen

soll und was nicht. Schauen Sie sich diese Liste einmal an und denken Sie darüber nach, ob wir wirklich immer richtig entschieden haben.

Zu den Planungserklärungen: Die Anträge 1 und 2 der SAK kann meine Fraktion unterstützen. Es ist richtig, dass wir diese Punkte klären und den Regierungsrat daran erinnern, solche Verträge der SAK zur Kenntnis zu unterbreiten, wie es in der Geschäftsordnung des Grossen Rats steht. Die Planungserklärung der SVP ist bei uns umstritten. Wir werden sie nicht unterstützen. Ich möchte Sie an den Artikel 56 des Grossratsgesetzes erinnern, der sich auf die Aussenbeziehungen bezieht. Darin ist diese Planungserklärung bereits enthalten. In diesem Artikel steht, dass der Regierungsrat die für die Aussenbeziehungen zuständige Kommission «frühzeitig, laufend und umfassend über wichtige Entwicklungen im Bereich der Aussenbeziehungen» informieren soll. Was diese Planungserklärung will – sie will insbesondere den Begriff «frühzeitig» unterstreichen – ist unserer Meinung nach nicht nötig, weil diese Aussage bereits im Gesetz steht. Zudem ist das Anliegen der SVP, welches hier mitschwingt, in den Planungserklärungen 1 und 2 der SAK bereits enthalten. Ich bitte Sie, die vierte Planungserklärung im Sinne der Antragstellerin zu unterstützen. Ich denke, es ist richtig, ethische Grundsätze zu berücksichtigen, wenn wir bei den Aussenbeziehungen weitergehen und auch weitere Abkommen mit Regionen aus der VR China und anderen Staaten in Betracht ziehen. Es ist richtig, als Grosser Rat einzufordern, dass der Regierungsrat die Menschenrechte zur Sprache bringt, wie man es auch vom Bundesrat fordert. Wenn sich wieder die Gelegenheit für ein solches Abkommen ergeben sollte, müssten solche Fragen einbezogen werden.

Patrick Gsteiger, Eschert (PEV). Nous sommes appelés à prendre connaissance du rapport du Conseil-exécutif sur les relations extérieures, rapport qui a par ailleurs été vivement souhaité par la CIRE, eu égard au développement permanent des relations entre la Suisse et l'Union européenne, à un déplacement des compétences sur les cantons, à la compétition des sites économiques cantonaux et à la nécessité d'une coopération transfrontalière. Un tel rapport, qui à l'avenir sera annuel, sera une très bonne base pour un dialogue constructif entre le Conseil-exécutif et la CIRE et pour également la participation du Grand Conseil. Pour le parti évangélique également, le dialogue politique entre l'exécutif et le législatif aura pour effet de valoriser les relations extérieures et d'y donner une assise plus large. Attention à ne pas faire des efforts de coordination qui soient excessifs et attention aussi à ne pas créer des doublons et des lourdeurs. Les conditions de participation du Grand Conseil au niveau fédéral et dans les coopérations intercantionales demandent donc à être clarifiées. S'agissant des déclarations de planification, le parti évangélique va suivre la CIRE et recommande donc d'accepter les deux propositions de la Commission et n'est par contre pas unanime à soutenir la proposition de l'UDC, jugeant que peut-être cet amendement est superflu. Nous soutiendrons par ailleurs à l'unanimité la proposition du PS concernant les principes éthiques.

Pierre Amstutz, Corgémont (Les Verts). C'est avec intérêt que mon groupe a pris connaissance du troisième Rapport sur les relations extérieures du canton de Berne et il remercie le Conseil-exécutif. Pour les prochaines années, vous l'avez entendu, les rapports concernant ce thème seront donc annuels. Sous cette forme resserrée, un rapport annuel offre une bonne base pour le dialogue entre la CIRE, partenaire privilégié du Conseil-exécutif depuis la révision totale du droit parlementaire. La Commission pourra ainsi examiner plus régulièrement les affaires. Celles-ci représentent tout de même le huitième de l'ensemble des préoccupations du Conseil-exécutif, c'est dire l'importance qu'elles revêtent pour notre canton. Au travers de la CIRE, le dialogue politique régulier entre gouvernement et Grand Conseil dotera les relations extérieures d'une assise plus large. Comme la Suisse, notre canton dépend fortement de ses exportations; par conséquent, les développements politiques et économiques dans le contexte international le touchent au plus haut point. Les décisions, qu'elles soient prises par le peuple, par les autorités fédérales, par les organes intercantonaux, par l'Union européenne, par les organisations internationales ou par les entreprises multinationales ont une incidence, que nous le voulions ou non, sur notre canton. Le Conseil-exécutif est bien inspiré lorsqu'il nous rappelle que «plus le droit européen est assimilé par la Suisse, plus forte est la pression vers un glissement de compétences encore plus prononcé». L'interdépendance de la Confédération et des cantons est croissante et l'autonomie de ces mêmes cantons est limitée par les tendances centralisatrices de la Confédération. Cependant, la résolution des problèmes au niveau cantonal a des limites. On peut comprendre toutefois la critique de certains milieux face à ce qu'ils appellent une compétence excessive du gouvernement dans le domaine de la collaboration intercantonale et l'harmonisation. Il est vrai que l'on doit rester vigilant,

afin que les organismes intercantonaux n'accumulent pas de déficits démocratiques et que les cantons ne deviennent des unités décentralisées de la Confédération. Les Verts soutiennent la volonté du Conseil-exécutif «d'être suffisamment libre et autonome pour pouvoir défendre les intérêts du canton de manière efficiente». Dans les relations extérieures, cette autonomie relative de l'exécutif est garante d'une représentation efficiente des intérêts du canton. Le but des relations extérieures est de moderniser et de développer le fédéralisme, tout en veillant à ne pas glisser vers un centralisme exacerbé. L'exercice n'est pas très facile, mais il doit être entrepris. Mon groupe acceptera à l'unanimité de prendre connaissance de ce rapport. Concernant les déclarations de planification, voici sa position. Nous soutenons les deux déclarations de planification de la CIRE, ainsi que celle de Sarah Gabi Schönenberger. Pour nous, il est évident qu'il faut souligner l'aspect éthique dans tous les accords que l'on peut signer sur le plan international et nous espérons que vous suivrez notre recommandation et la volonté de Sarah Gabi. Quant à la déclaration de planification de Béatrice Struchen, la majorité de notre groupe va s'abstenir et quelques-uns refuseront, car nous estimons que cette déclaration de planification fait office de doublon par rapport à la déclaration de planification no 2 de la CIRE.

Vania Kohli, Berne (PBD). Die BDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für diesen ausführlichen Bericht über die letzte Legislatur. Sie begrüsst insbesondere die Tatsache, dass dieser Bericht in Zukunft jährlich vorliegen wird. Er wird weniger umfangreich sein, aber vielleicht etwas konzentrierter. Zu den Planungserklärungen: Die BDP-Fraktion wird den beiden Planungserklärungen der SAK sowie der präzisierenden Planungserklärung der SVP einstimmig zustimmen. Für die Planungserklärung der SP hat die BDP Verständnis, empfindet das Anliegen jedoch als selbstverständlich und bittet die SAK, dieses Thema im Auge zu behalten und allfällige Meinungsverschiedenheiten dazu mit dem Regierungsrat zu besprechen.

Jakob Schwarz, Adelboden (UDF). Die EDU-Fraktion dankt dem Regierungsrat für den Bericht und will ihn zur Kenntnis nehmen. Die SAK und der Regierungsrat sind dabei, die zukünftige Zusammenarbeit im Bereich der Aussenbeziehungen zu entwickeln. Zur Stärkung der Position der SAK wird die EDU-Fraktion alle Anträge, welche in dieser Kommission eine Mehrheit gefunden haben, unterstützen.

Hannes Zaugg, Uetendorf (pvl). Auch die glp-Fraktion dankt der Regierung für diesen Bericht. Sie unterstützt auch die darin enthaltenen strategischen Überlegungen zur zukünftigen Zusammenarbeit. Wie meine Vorrednerinnen und Vorredner gesagt haben, befinden wir uns in einer Phase des Umbruchs. Wir haben seit einem Jahr ein neues System und stellen fest, dass sich vieles positiv entwickelt. Ein Dialog findet statt, und nun werden Möglichkeiten gesucht, diesen noch zu optimieren. Auf Gemeindeebene finden ähnliche Entwicklungen statt: Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden wird verstärkt. Dadurch gibt man manchmal auch gewisse Kompetenzen ab und muss sich stärker austauschen und aufeinander abstimmen. Dies bedingt, dass man Informationen rechtzeitig erhält. Auch in den Planungserklärungen kommt zum Ausdruck, dass man gewisse Informationen gerne früher haben möchte. Es geht nicht darum, in den Kompetenzbereich der Regierung einzudringen oder etwas zu kontrollieren, sondern darum, noch partnerschaftlicher zusammenzuarbeiten. Wir möchten die Regierung dabei unterstützen, die vorhandenen Strategien umzusetzen. Es ist nicht zielführend, wenn sich die einen gegen die anderen stellen. Im Sinne der Weiterentwicklung dieses Prozesses unterstützen wir die beiden Planungserklärungen der SAK. Zur Planungserklärung der SVP: Es wurde gesagt, dass diese eine Art Verdoppelung einer SAK-Planungserklärung darstelle beziehungsweise etwas Selbstverständliches fordere, da dieser Inhalt bereits im Gesetz stehe. Trotzdem unterstützen wir sie, um ein Zeichen dafür zu setzen, dass es wichtig ist, den Dialog rechtzeitig zu beginnen. Doch wir hoffen, dass die Regierung dadurch nicht den Eindruck bekommt, wir würden uns in ihren Bereich einmischen. Wir möchten nicht, dass uns die Regierung gewissermassen als «Trotzreaktion» mit sämtlichen Verträgen und Abkommen zumüllt. Damit wären wir überfordert. Wir gehen jedoch davon aus, dass die Regierung weiss, welche Verträge und Abkommen für das Parlament von Bedeutung sind. Zur Planungserklärung der SP: Mit dieser sind wir inhaltlich auch einverstanden, aber wir sind überzeugt, dass die Regierung dieses Anliegen bereits umsetzt. Zudem vertrauen wir der Regierung, dass sie bei Vertragsverhandlungen sämtliche wichtigen Aspekte berücksichtigt. Dazu gehört nicht nur die Ethik, wobei man sagen muss, dass es sehr schwierig ist, den Begriff «Ethik» schlüssig zu definieren. Deshalb haben wir mehrheitlich entschieden, diese Planungserklärung nicht zu unterstützen.

Béatrice Struchen, Epsach (UDC). Je remercie le Conseil-exécutif pour ce rapport. Comme on l'a déjà dit, ce rapport regarde en arrière; regarder de temps en temps en arrière, cela permet peut-être de mieux s'orienter sur l'avenir. Dans ce rapport le Conseil-exécutif expose de quelle façon il a fait valoir les intérêts du canton de Berne. Sous l'ancien régime, sous l'ancien droit parlementaire, le Grand Conseil n'avait pas grand-chose à dire, du moins il avait moins à dire sur ces rapports ou ces contrats. Le nouveau droit parlementaire renforce en fait le parlement, et c'est pour cela que nous avons aussi une Commission des relations extérieures. Cela a aussi été dit, il va falloir regarder comment nous allons travailler avec ce nouveau droit parlementaire, il va falloir se trouver avec le Conseil-exécutif, mais je suis persuadée que, si nous arrivons à travailler ensemble, que le Grand Conseil soit aussi impliqué dans les décisions où il a son mot à dire, cela renforcera aussi la position du canton de Berne en Suisse et au niveau international. Notre déclaration de planification n'est pas de la méfiance, mais pour l'instant il nous faut ces rapports, il nous faut ces contrats, pour que nous puissions voir où et qui a quelles compétences. J'ai parlé tout à l'heure de la feuille de route avec le canton du Jura. C'est un petit peu difficile, lorsque des gens arrivent vers nous et nous posent des questions, de devoir répondre que cela se discute dans la Commission des relations extérieures, mais que nous ne savons pas ce qui s'est passé. Je ne dis pas que c'est tout juste ou tout faux dans cette feuille, mais je pense qu'il y a eu vraiment un problème. Le groupe UDC accepte les deux déclarations de planification de la CIRE, mais nous refusons la déclaration du PS-PSA. Il est clair que les principes moraux sont importants, nous espérons aussi que le Conseil-exécutif a un œil, même les deux, là-dessus, mais comment voulez-vous contrôler cela? Nous faisons là confiance au Conseil-exécutif. Quant à la remarque des Verts, j'avais déjà expliqué que notre déclaration de planification était un complément à la déclaration de planification de la CIRE.

Hans-Jürg Käser, directeur de la police et des affaires militaires. Ich kenne die Grossratsgesetzgebung und weiss, dass die Regierung immer am Schluss an der Reihe ist. In diesem Fall hingegen wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Regierung gleich zu Beginn hätte sprechen und den Bericht vorstellen können. Wir haben bis jetzt über die Planungserklärungen, aber nicht über den Bericht selbst gesprochen. Nun müssen Sie sich die Haltung der Regierung zu diesem Bericht noch anhören. Dies ist für jene ein Vorteil, die keine Zeit hatten, um den Bericht im Detail zu lesen. Im Namen der Regierung danke ich Ihnen dafür, dass ich heute die Gelegenheit habe, über die Aussenbeziehungen des Kantons Bern und über unsere zukünftige Zusammenarbeit in diesem wichtigen Politikbereich zu sprechen. Der Bund und die Kantone erleben im Moment bewegte Zeiten. Die Unternehmenssteuerreform III steht auf der Agenda, und die Diskussion über die bilateralen Verträge mit der EU beschäftigt die Schweiz. Zudem ist offen, wie es mit dem Neuen Finanzausgleich weitergehen wird. Dies sind nur ein paar besonders aktuelle und zudem bedeutende innen- und aussenpolitische Herausforderungen für unser Land. Sie sind eng miteinander verknüpft. Ich betrachte solche Herausforderungen immer auch als Chancen. Gerade jetzt sollten wir einander gut zuhören und die Meinungen der anderen respektieren. Gerade jetzt sollten wir unverhältnismässige und radikale Lösungen ablehnen. Heute braucht es eine grosse Kompromissbereitschaft. Wie wir mit der Demokratie, dem Rechtsstaat, den Institutionen und dem Föderalismus umgehen, ist Ausdruck unserer staatspolitischen Haltung. Verständigung und Verständnis sind in diesem komplexen Kommunikationsprozess der Schlüssel zum Erfolg, ob beim Umsetzen des Volkswillens oder beim richtigen Anwenden der gesetzlichen Bestimmungen. Wer sich gegen eine Verständigung mit der Aussenwelt wendet, gefährdet auch die politische Kultur innerhalb der Schweiz. Bewegte Zeiten schaffen ein Bedürfnis nach stärkerer Orientierung. Nicht selten wird diese Orientierung in der eigenen Geschichte gesucht. Das Wissen über die Vergangenheit soll den Weg in die Zukunft erleuchten. «Historia magistra vitae», hat der römische Staatsmann Cicero gesagt. Zukunft braucht Herkunft. Im Jahr 2015 feiern wir 700 Jahre Morgarten, 600 Jahre Eroberung des Aargaus durch den Kanton Bern, 500 Jahre Marignano sowie 200 Jahre Wiener Kongress. Ein Reigen grosser Jubiläen ist in diesem Jahr angesetzt. Vielleicht nimmt die Regierung dies zum Anlass, dem Grossen Rat umfassend über die Aussenbeziehungen zu berichten.

Dans ce rapport, le Conseil-exécutif montre comment il a servi les intérêts du canton de Berne auprès des autorités fédérales, des autres cantons et de l'étranger ces quatre dernières années. Il fixe également les priorités pour l'année 2015 et il fait au Grand Conseil une proposition de collaboration dans les relations extérieures pour les prochaines années. Etant donné le peu de recul apporté par quatre petites années de relations extérieures, si l'on pense à Marignan par exemple,

j'imagine qu'il n'y aura pas de débat sérieux sur l'histoire du canton de Berne et c'est tant mieux, car j'aimerais plutôt vous faire part de quelques réflexions de fond sur ces relations extérieures. Le fédéralisme constitue l'essence de notre Etat fédéral et c'est aussi la clé de voûte de notre succès. Le canton de Berne est favorable au maintien du fédéralisme et à son renouveau. Par l'intermédiaire des relations extérieures, le Conseil-exécutif pratique et entretient quotidiennement le fédéralisme.

Heute ist die Welt zum Dorf geworden, um dieses romantische Bild der Globalisierung zu verwenden. Der Kanton Bern ist sowohl in seiner Vergangenheit, als auch heute in diesem Dorf aktiv. Er trägt selber dazu bei, dass die Verflechtungen und Vernetzungen immer dichter und damit auch unübersichtlicher werden. Folglich sind die Aussenbeziehungen des Kantons Bern besonders wichtig. Jedes achte Geschäft, welches die Regierung in den letzten vier Jahren behandelte, betraf direkt oder indirekt die Aussenbeziehungen. Eine beeindruckende Zahl, die die wachsende Bedeutung der Aussenbeziehungen illustriert. Diese Zahl zeigt auch, dass diese Beziehungen immer vielfältiger werden und die Welt immer näher zusammenrückt. Die zahlreichen aussenpolitischen Geschäfte belegen, dass sich der Kanton Bern nach innen wie nach aussen für Verständigung einsetzt. Die aussenpolitischen Ziele der Regierung sind allerdings nicht altruistisch. Aussenpolitik ist auch Interessenpolitik. Der Regierungsrat will die besondere Stellung des Kantons Bern in der Schweiz stärken. Es geht darum, den Handlungsspielraum des Kantons Bern zu erweitern. Die Regierung will die Interessen des Kantons Bern alleine oder in Koalition mit anderen wirksam vertreten.

Même les Confédérés à l'époque devaient s'arranger de leurs voisins, en particulier du royaume de France, afin de pouvoir exporter des mercenaires, importer du sel et préserver leur indépendance. En voyant la politique du canton de Berne vis-à-vis de la Confédération, les coalitions qui se forment au niveau intercantonal ou notre politique extérieure avec la Chine et le Japon, je me demande souvent si les choses ont tant changé par rapport à l'époque des Confédérés.

Der Kanton Bern steht mitten in der modernen Eidgenossenschaft. Das macht nicht nur Freude und bringt auch nicht nur Freunde. Die Kompetenzverschiebungen zulasten der Kantone sind nicht zuletzt eine Folge der internationalen Verpflichtungen, welche die Schweiz zu erfüllen hat. Pacta sunt servanda. Verträge sind einzuhalten. Ferner gibt es den Zentralisierungsdruck. Dieser wird entweder vom Bund selber angestossen, oder er entsteht durch Volksinitiativen. Die Folgen: Eine Verwischung und Beeinträchtigung der kantonalen Kompetenzen. Dies beeinflusst wiederum den Finanzhaushalt und führt zu einer Einschränkung der Gestaltungsfreiheit der Kantone. In gewissen Sachgebieten stösst die Problemlösung auf kantonaler Ebene an Grenzen. Man sieht sich gezwungen, bei Problemen in funktionalen Handlungsräumen zu denken und die Probleme vielleicht sogar auf diese Weise zu lösen. Schauen Sie einmal die Landkarte der Schweiz mit ihren Kantonsgrenzen an, zum Beispiel den Kanton Solothurn. Immer wieder entstehen Widersprüche zur kantonalen Unabhängigkeit. Nun komme ich zum zentralen Punkt dieser Ausführungen: Wenn man diese Tendenzen sieht, stellt man fest, dass sie zu einer Schwächung der kantonalen Handlungsspielräume führen können, wenn man nichts dagegen unternimmt. Die Regierung versucht, Gegensteuer zu geben. Aussenpolitik ist Interessenpolitik. Wenn der Regierungsrat Gegensteuer geben will, muss er autonom handeln können. Im Interesse des Kantons Bern muss er dafür besorgt sein, dass ein einheitlicher Auftritt des Kantons nach aussen gewährleistet bleibt. Wir haben somit ein ähnliches Problem wie die Schweiz in Brüssel. Diese tut sich schwer damit, dem Verhandlungspartner gegenüber als Einheit aufzutreten. In der Aussenpolitik sollten die kantonalen Behörden den Dialog deshalb bereits zu einem frühen Zeitpunkt intern führen können. Aus diesem Grund betont die Regierung im vorliegenden Bericht ihre Absicht, Bestrebungen des Grossen Rats zu einer stärkeren Mitwirkung in den Aussenbeziehungen zu unterstützen. Das neue Parlamentsrecht hat dafür die Voraussetzungen geschaffen. In einem jährlichen Dialog zwischen der Regierung und der SAK sollen gemeinsam eine Gesamtsicht und eine strategische Ausrichtung der Aussenbeziehungen des Kantons Bern entwickelt werden.

Ich bin überzeugt, dass wir in diesem wichtigen Politikbereich auf einem guten Weg sind. Die Debatte vom 4. Mai zwischen SAK und Regierung anlässlich der Vorbereitung des Berichts war von gegenseitigem Interesse und Respekt geprägt. Wir haben dabei festgestellt, dass sich alle Beteiligten über die grosse Bedeutung der Aussenbeziehungen einig sind. Im zukünftigen Dialog, den die SAK dem Grossen Rat beantragt, sollen Wissen, Informationen und Erfahrungen über die laufenden und zukünftigen aussenpolitischen Geschäfte des Kantons Bern ausgetauscht werden. Dies schafft Vertrauen und bildet damit die Basis für eine respektvolle Zusammenarbeit. Ein enger Dialog zwischen der Regierung und der SAK ermöglicht es zudem, dass der Grosse Rat im

Rahmen seiner Zuständigkeit zeitnah bei den Aussenbeziehungen mitwirken kann. Im Dialog können auch die beiden Planungserklärungen behandelt werden, welche die SAK verabschiedet hat, und die heute vorliegen. Die Regierung unterstützt diese beiden Planungserklärungen ausdrücklich. Zur praktischen Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit der Mitwirkungsrechte des Grossen Rates in den Aussenbeziehungen ist eine gemeinsame Überprüfung dieser Mitwirkungsrechte sinnvoll und sachgerecht. Auch die Regierung ist daran interessiert, auf der Basis der gemachten Erfahrungen allfällige Optimierungen aufzuzeigen und umzusetzen.

Zur Kenntnisnahme der Verträge und weiterer Geschäfte, die in der alleinigen Zuständigkeit der Regierung liegen, durch die SAK: Auch hier will die Regierung ihrer Informationspflicht umfassend nachkommen. Es ist möglich, dass wir die Informationen nicht ganz zeitgerecht geliefert haben. Allerdings legt das Gesetz auch nicht genau fest, zu welchem Zeitpunkt solche Geschäfte zur Kenntnisnahme gebracht werden müssen. Doch wir werden es in Zukunft besser machen. Keine Angst, wir werden auch keine Verträge mit Nordkorea anstreben, wie hier drin vermutet wurde. Ich habe den Eindruck, dass ein solcher Dialog über die Aussenbeziehungen den Kanton Bern vorwärtsbringen kann. Letztendlich wollen wir alle nur eines: Wir wollen den Kanton Bern in seinen Bemühungen, die Aussenbeziehungen weiterzuentwickeln, richtig positionieren. Ich beantrage Ihnen somit, vom dritten Bericht Kenntnis zu nehmen und den Wechsel hin zu einer jährlichen Berichterstattung zu unterstützen. Zur Planungserklärung SVP, Struchen: Wie bereits mehrmals gesagt wurde, handelt es sich um eine Verstärkung der Planungserklärung 2 der SAK. Die Regierung hat nichts gegen diese Planungserklärung, denn sie ist mit diesem Anliegen einverstanden. Dann hat die Regierung selbstverständlich ethische Grundsätze zu beachten. Sie ist in dieser Frage der gleichen Meinung wie Frau Grossrätin Gabi Schönenberger. Somit würde ich im Namen der Regierung auch diese Planungserklärung unterstützen.

Le président. Vielen Dank für diese Ausführungen. Damit ist die organisierte Debatte zu Ende. Wir kommen nun zur Bereinigung der verschiedenen Planungserklärungen und zur Kenntnisnahme des Berichts. Ich konnte gestern gemeinsam mit verschiedenen Kommissionspräsidenten und -präsidentinnen sowie weiteren Mitgliedern des Grossen Rats an einer Schulung zu Abstimmungskaskaden teilnehmen. Das war sehr aufschlussreich und hat uns gezeigt, wie viele Möglichkeiten es gibt, solche Abstimmungen durchzuführen. Diese Möglichkeiten bestehen auch bei der Kenntnisnahme eines solchen Berichts und der Verabschiedung von Planungserklärungen. Es ist wichtig, dass man von Anfang an sagt, wie man die Abstimmungen durchzuführen gedenkt. Ich werde zuerst über die Planungserklärungen abstimmen lassen. Wenn ich es richtig verstanden habe, sind die Planungserklärungen der SAK im Rat unbestritten. Oder möchte sie jemand bestreiten? – Das ist nicht der Fall. Ich werde die beiden deshalb gemeinsam zur Abstimmung bringen. Danach werden wir über die Planungserklärung SVP, Struchen, abstimmen und schliesslich über die Planungserklärung SP, Gabi Schönenberger. Am Schluss, wenn wir die Planungserklärungen bereinigt haben, werden wir über die Kenntnisnahme des Berichts befinden. Diese erfolgt unabhängig von den Planungserklärungen. Man könnte auch über beides gemeinsam abstimmen. Dabei würde sich allerdings folgendes Problem ergeben: Wenn man ganz verschiedene Planungserklärungen hat, zu denen sich die Ratsmitglieder unterschiedlich positionieren, wäre es etwas unglücklich, wenn man über die Planungserklärungen und die Kenntnisnahme gemeinsam abstimmen müsste. Deshalb kann man die beiden Bereiche trennen, was ich nun vorziehe. Wir stimmen somit als erstes über die beiden Planungserklärungen der SAK ab. Wer die beiden Planungserklärungen annimmt, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Vote (déclaration de planification CIRE)

Décision du Grand Conseil :

Adoption

Oui 151

Non 0

Abstentions 0

Le président. Sie haben diese Planungserklärungen einstimmig angenommen. Wir kommen zur Planungserklärung der SVP. Wer diese annimmt, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Vote (déclaration de planification UDC)

Décision du Grand Conseil :

Adoption

Oui	96
-----	----

Non	41
-----	----

Abstentions	14
-------------	----

Le président. Sie haben diese Planungserklärung angenommen. Wir kommen zur Planungserklärung der SP. Wer diese annimmt, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Vote (déclaration de planification PS)

Décision du Grand Conseil :

Rejet

Oui	72
-----	----

Non	75
-----	----

Abstentions	2
-------------	---

Le président. Sie haben diese Planungserklärung abgelehnt. Wir kommen zur Kenntnisnahme des Berichts. Wer den Bericht zur Kenntnis nimmt, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Vote

Décision du Grand Conseil:

Prise de connaissance

Oui	147
-----	-----

Non	0
-----	---

Abstentions	0
-------------	---

Le président. Sie haben den Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen. Damit ist dieses Geschäft bereinigt.